



Neue forsa-Umfrage:

82 % finden Wildtierhaltung im Zirkus nicht artgerecht

Die Deutschen sehen Wildtierhaltung im Zirkus immer kritischer: Laut einer aktuellen Erhebung des renommierten Meinungsforschungsinstituts forsa vertreten mittlerweile 82 Prozent der Deutschen die Auffassung, dass exotische Wildtiere dort nicht artgerecht gehalten werden können. Die Tierrechtsorganisation PETA appelliert an die CDU/CSU-Fraktion, ihre Blockadehaltung bezüglich eines Wildtierversots im Zirkus endlich aufzugeben.

»Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen hat das Leid der exotischen Wildtiere im Zirkus erkannt. Enge Käfige, Dressuren mit der Peitsche und der Anblick gebrochener Kreaturen rufen heutzutage nur noch Mitleid hervor«, so Diplom-Zoologe Peter Höffken, Wildtierexperte bei PETA Deutschland e.V.

Mehr als tausend Deutschen wurde im Rahmen der Umfrage folgende Frage von den Meinungsforschern gestellt: »Können exotische Wildtiere Ihrer Einschätzung nach in einem reisenden Zirkusunternehmen artgerecht gehalten werden oder ist das nicht möglich?« 82 Prozent fanden dies nicht möglich.

Deutschland gehört in Europa mittlerweile zu den Schlusslichtern, wenn es um den Schutz von Tieren im Zirkus geht: 17 europäische Länder - darunter unsere Nachbarländer Belgien und Österreich - haben aus Tierschutzgründen bereits alle oder bestimmte Tierarten im Zirkus verboten. Seit Jahren spricht sich die Bundestierärztekammer für ein Wildtierverbot im reisenden Zirkus aus.

2003 und nochmals Ende November 2011 hatte der Bundesrat in zwei Entschließungsanträgen ein grundsätzliches Verbot von Wildtieren im Zirkus gefordert. Die Bundesregierung setzte diese Entschließungen bis heute nicht um.

Über 600.000 Unterschriften für ein Verbot von Wildtieren im Zirkus

Mit der reichweitenstarken Kampagne Tyke2014.de hat PETA innerhalb von 12 Monaten weit über 600.000 Unterschriften für ein Verbot von Wildtieren im Zirkus gesammelt.

Am 20. August, dem 20. Todestag der im Zirkus erschossenen Elefantendame Tyke, sollen die Unterschriften der Bundesregierung übergeben werden.